

# MAGAZIN für Beamtinnen und Beamte

[www.beamten-magazin.de](http://www.beamten-magazin.de)



## Tarif- und Besoldungsrunde 2009 Raum für Abstriche gibt es nicht



Mindestens  
**40% Rabatt**  
vom Ausgabeaufschlag  
bei **100%iger Kapitalgarantie**  
bei Rentenbeginn

## Sicher ins Alter ... zum Sondertarif für Gewerkschaftsmitglieder

Jetzt informieren:

**0180 5006590-70**

(0,12Euro/Min. aus dem Dt. Festnetz  
der Deutschen Telekom, Mobilfunkpreise  
können abweichen) oder unter

[www.das-rentenplus.de](http://www.das-rentenplus.de)

### Das RentenPlus:

Das **RentenPlus** des DGB ist eine Riester-Rente zum günstigen Sondertarif, exklusiv für Gewerkschaftsmitglieder ohne betriebliche Altersvorsorge. Auch für Angehörige.

Nutzen Sie die Vorteile des DGB-Altersvorsorgepakets:

- Staatliche Förderung von mindestens 25 %
- Attraktive Rente
- Kompetente Beratung

### Riester-Rente mit der **UniProfiRente** über die BBBank

Der Fondssparplan **UniProfiRente** jetzt auch im **RentenPlus**:

- Laut FINANZtest (12/2008) in der Kategorie Riester-Fondssparpläne für unter 40-jährige eins der zwei besten Angebote auf dem Markt.
- Spitzenreiter bei Öko-Test (06/2007)



**BB** Bank

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst

**Union**  
Investment

Das RentenPlus

empfohlen von:

DGB



# INHALT

## TITEL

Tarif- und Besoldungsrunde 2009  
Raum für Abstriche gibt es nicht || 4 |

## KOMMENTAR

GEW-Vorstandsmitglied Ilse Schaad zum  
Tarifabschluss im öffentlichen Dienst der Länder || 6 |

## MELDUNGEN

Bahn: Beamte am Erfolg beteiligen || 7 |  
EU: Arbeitszeitrichtlinie weiter umstritten || 8 |

## AUS DEN LÄNDERN

Berlin: Modernisierung mit Hindernissen || 9 |  
Niedersachsen: Land soll für neue  
Lehrerstellen sorgen || 11 |  
Schleswig-Holstein: Qualifizierungsvorschrift  
geht DGB zu weit || 13 |

## PORTRÄT

Technischer Beamter im Porträt || 13 |

## SERVICE

Statusrecht spezial, Teil I || 14 |

## INTERVIEW

ver.di-Chef Frank Bsirske zur Tarif- und  
Besoldungsrunde in den Ländern || 16 |

## AUS DEN GEWERKSCHAFTEN

GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg zur  
Stimmungslage nach dem Tarifabschluss || 17 |

## VERMISCHTES

Ausgaben für öffentlich Beschäftigte 2007  
in Prozent des BIP || 18 |

# IMPRESSUM

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Bereich Öffentlicher Dienst und Beamte, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock; Redaktion: Barbara Haas, Nils Kammradt, Silke Raab, Gabriela Schill, Matthias Schlenzka; Titelbild: Jürgen Poweleit; Gestaltung: SCHIRMWERK, Düsseldorf; Druck: VVA GmbH, Düsseldorf; Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing: INFO-SERVICE, Höherweg 270, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0180 5835226, Fax: 0180 5329226, infoservice@beamten-informationen.de, www.beamten-magazin.de; Erscheinungsweise: monatlich; Jahresbezugspreis: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr

# EDITORIAL



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nach dem Tarifabschluss ist vor der Besoldungsanpassung. Die Bedeutung des Tarifergebnisses vom 1. März 2009 erläutert ver.di-Chef Frank Bsirske im Interview auf S. 16. Sein Fazit: Wichtige Kernziele wurden erreicht. So sieht es auch der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg, der zugleich Verständnis für kritische Anmerkungen hat. Angesichts milliardenschwerer Schutzschirme für Banken und Unternehmen drohe eine neue Diskussion um Lohnzurückhaltung (siehe hierzu S. 17). Über die starke Beteiligung der Lehrerinnen und Lehrer an Warnstreiks und Demonstrationen freut sich GEW-Vorstandsmitglied Ilse Schaad in ihrem Kommentar auf S. 6. Unter anderem konnte eine erneute Abkopplung der Ost-Einkommen verhindert werden.

Einmütig fordern die Gewerkschaftsverantwortlichen die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten. Der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand hat seine Position am Tag nach dem Tarifabschluss gefasst. Klar ist: Raum für Abstriche gibt es nicht. Die Signale aus den Ländern sind ermutigend, erste Gesetzentwürfe in der Vorbereitung. Sicher ist aber auch, dass dort, wo die Landesregierungen noch zögern, weiter Druck gemacht werden muss. Die Besoldung in Ländern und Kommunen wird uns auch in den kommenden Ausgaben des Beamten-Magazins begleiten. Unsere Ziele sind erst erreicht, wenn die Besoldung überall wie im Tarif angehoben wurde. ■

Nils Kammradt  
Referatsleiter für Besoldungs- und Laufbahnrecht



Durchschnittlich 5,8 Prozent mehr Einkommen bringt das Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst der Länder. Die Beamtensoldung hatten Arbeitgeber und Gewerkschaften dabei immer fest im Blick. Die Mehrheit der betroffenen Länder hat bereits signalisiert, das Tarifergebnis auf die Beamtinnen und Beamten übertragen zu wollen. Besondere Beachtung dürfte dies in den Kommunen finden. Dort besteht Nachholbedarf an das kommunale Tarifniveau.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, verzichtete der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand auf Formulierungen wie „zeit- und inhaltsgleiche“ oder „wirkungsgleiche“ Übertragung des Tarifergebnisses. Die



Im Blick der Medien: die Verhandlungsführer in der Tarifrunde.

Foto: Kay Herschelmann

## Raum für Abstriche gibt es nicht

### Tarifergebnis auf Beamtinnen und Beamte übertragen

Besoldungsanpassung soll genau so erfolgen, wie im Tarifbereich (siehe Kasten). Raum für Abstriche gibt es nach Auffassung der stellvertretenden DGB-Bundesvorsitzenden Ingrid Sehrbrock nicht. Die DGB-Bezirke sowie die

#### Besoldungsforderung des DGB für Länder und Kommunen

- Einmalzahlung in Höhe von 40 Euro im Jahr 2009
- Anhebung der Grundgehälter zum 1. März 2009 zunächst um 40 Euro und anschließend um 3 Prozent
- Anhebung der Grundgehälter zum 1. März 2010 um weitere 1,2 Prozent
- Anhebung aller weiteren dynamisierungsfähigen Besoldungsbestandteile (Familienzuschlag, Allgemeine Stellenzulage, Amtszulagen usw.) um 3 Prozent zum 1. März 2009 und um 1,2 Prozent zum 1. März 2010
- Entsprechende Anhebung der Versorgungsbezüge
- Anhebung der Anwärterbezüge zum 1. März 2009 um 60 Euro und zum 1. März 2010 um weitere 1,2 Prozent

Gewerkschaften GEW, GdP und ver.di haben alle Landesregierungen aufgefordert, entsprechend tätig zu werden. Die ersten Signale aus den Ländern sind ermutigend: Mehrheitlich ist eine

Übernahme geplant. In Schleswig-Holstein liegt sogar schon ein Gesetzentwurf vor.

### Eine erneute Abkoppelung der Beamtinnen und Beamten wäre nicht zu vermitteln

Damit sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich die Besoldung in den Ländern gleichmäßig weiterentwickelt. Zwar gibt es Unterschiede im Jahreseinkommen, weil sich die Regelungen über die Sonderzahlungen stark unterscheiden. Die monatlichen Grundgehälter liegen jedoch noch dicht beieinander. Der Teufel steckt aber bekanntlich im Detail: Die Mehrheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder sind Beamtinnen und Beamte. Immer wieder fühlten sich deshalb insbesondere die Finanzminister versucht, Kosten zu reduzieren, indem Besoldungs- und Versorgungsanpassungen klein gerechnet wurden. Aufhänger könnte dieses Mal die Streichung der Leistungsbezahlung im Tarifvertrag der Länder sein. Nach den Einbußen bei Weihnachts- und Urlaubsgeld und weiterer Maßnahmen wäre eine erneute Abkoppelung der Beamtinnen und Beamten aber nicht zu vermitteln.

### Einkommenszuwächse können sich sehen lassen

Die erwarteten Einkommenszuwächse sind nicht unbeachtlich: Würde z. B. Nordrhein-Westfalen das Tarifer-

# TITEL

→ gebnis ohne Abstriche übertragen, stiegen die Grundgehälter monatlich zwischen 105,97 Euro in der Eingangsstufe der Besoldungsgruppe A 2 und 280,58 Euro in der Endstufe A 16 und damit prozentual zwischen knapp 7 und 5 Prozent. Die Wirkung des Sockelbetrages, der so genannten sozialen Komponente ist dabei unübersehbar.

## Gleichklang der Einkommensentwicklung wiederhergestellt

Besonders kritisch werden die Beamtinnen und Beamten der Gemeinden auf die Übertragung schauen. Sie konnten nicht vom Tarifabschluss mit Bund und Kommunen profitieren und erhalten erst jetzt die überfällige Anpassung. Auch hier gilt: Wird das Tarifergebnis übertragen, rückt die Besoldung in diesem Jahr dicht an das Niveau auf Bundesebene heran und überschreitet es im kommenden Jahr. 11,80 Euro betrüge der Rückstand auf die Bundestabellen am Beispiel Nordrhein-Westfalens. Ab März 2010 wären es sogar zwischen 7,46 und 58,42 Euro mehr.



5.000 Streikende waren am 26. Februar auf den Erfurter Domplatz gekommen. Unter ihnen auch viele Beamtinnen und Beamte. Foto: A. Heyder

## Ost und West auf gleichem Niveau

Ein weiterer Punkt sorgt für Anlass, die Besoldungsentwicklung optimistisch zu betrachten: Die starke Mobilisierung von Beschäftigten vor allem aus dem Schulbereich in den neuen Ländern hatte zur Folge, dass die Ost-Einkommen zeitgleich mit den West-Gehältern angehoben werden. Da die 2. Besoldungsübergangsverordnung – rechtliche Grundlage für die niedrigere Bemessung der Ost-Besoldung – am 31. Dezember 2009 ausläuft, wird dieses Kapitel in absehbarer Zeit beendet sein. ■

**DebeKa** Krankenversicherungsverein a. G.

Größte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet der Krankenversicherung

**Wechseln Sie jetzt zur Nr.1 in der privaten Krankenversicherung!**

**TESTSIEGER**  
Kundenmonitor Deutschland 2008  
Kundenzufriedenheit  
Preis-Leistungs-Verhältnis  
Wiederwahlabsicht  
Weiterempfehlungsabsicht  
Branche: Private Krankensicherungen  
Details unter [www.debeka.de/kundenmonitor](http://www.debeka.de/kundenmonitor)

erfahren. sicher. günstig.

**DebeKa**

DebeKa-Hauptverwaltung  
Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18  
56058 Koblenz  
Telefon (02 61) 4 98 - 0  
[www.debeka.de](http://www.debeka.de)

# KOMMENTAR



GEW-Vorstandsmitglied Ilse Schaad zum Tarifabschluss im öffentlichen Dienst der Länder

## Erfolg für Streikende

In dieser Tarifrunde haben sich so viele GEW-Mitglieder an den Streiks beteiligt wie noch nie. In der ersten Welle zwischen dem 28. Januar und dem 13. Februar waren es 75.000. Das Angebot der Arbeitgeber und die Weigerung, darüber zu verhandeln, lösten die zweite Warnstreikwelle Ende Februar aus. 110.000 Gewerkschaftsmitglieder streikten, die Hälfte davon waren GEW-Mitglieder.

Das hatte Einfluss auf die Umsetzung der Forderungen, die von der GEW besonders für den Bereich Schule und Hochschule beschlossen waren. Mit der Anrechnung von sechs Monaten des Referendariats auf die Stufenlaufzeit in Stufe 1 ist der Einstieg in die Anerkennung des Referendariats als Berufserfahrung gelungen. Hochschulbeschäftigte sind ganz überwiegend aus dem Geltungsbereich des TV-L ausgeschlossen. Über die Forderung der GEW, das zu ändern, haben die Arbeitgeber seit Jahren jedes Gespräch verweigert – nun ist die Aufnahme von Tarifgesprächen zu diesem Punkt Bestandteil der Einigung.

Nur durch die hohe Streikbeteiligung der Lehrkräfte und pädagogischen Mitarbeiter/innen in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen konnte die erneute Abkopplung der neuen Bundesländer verhindert werden. Auch die Schlechterstellung der Lehrkräfte mit DDR-Ausbildung beim Strukturausgleich wurde beendet.

Ein Ergebnis muss besonders hervorgehoben werden:



Nach den Sommerferien werden die Verhandlungen mit der TdL über die Entgeltordnung für die Beschäftigten der Länder beginnen. Dabei wird auch die Eingruppierung der Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen tarifvertraglich vereinbart. Diese war bislang in Anlehnung an das Beamtenrecht einseitig durch den Arbeitgeber diktiert. Die hohe Mobilisierung unserer Mitglieder in dieser Tarifeinsetzung zeigt die Bedeutung, die diese Verhandlungen für die GEW haben. Es geht um mehr als um ein Prozent mehr oder weniger. Hier muss durch eine ausbildungs- und tätigkeitsbezogene Eingruppierung die Differenzierung nach dem Motto „Kleine Kinder, kleines Gehalt – große Kinder, großes Gehalt“ beendet werden.

Die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen haben die Streikenden in dieser Tarifrunde an vielen Stellen unterstützt und auch in großer Zahl an Streikkundgebungen teilgenommen. Die GEW setzt sich gemeinsam mit den übrigen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes für die zeitgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten in allen Bundesländern ein. ■

## Unser Angebot – Ihr Vorteil

### RatgeberService des DBW

Jeder Ratgeber kostet 7,50 Euro (zzgl. 2,50 Euro Versand).

JA, hiermit bestelle ich folgende Ratgeber:

... Ex. **Rund ums Geld im öffentlichen Dienst**

im AboService nur 5,00 Euro

... Ex. **Die Beihilfe**

im AboService nur 5,00 Euro

... Ex. **Die Beamtenversorgung**

im AboService nur 5,00 Euro

... Ex. **BerufsStart im öffentlichen Dienst**

im AboService nur 5,00 Euro

... Ex. **Neues Tarifrecht für den öffentlichen Dienst**



### OnlineService

Für nur 10 Euro bei einer Laufzeit von 12 Monaten können Sie mit einer persönlichen Zugangskennung auf mehr als 15 Websites des DBW rund 800 PDF-Dokumente lesen, drucken und herunterladen.

JA, ich möchte ab sofort am OnlineService teilnehmen.

## Bestellung

– Anzeige –

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**

Konto-Nummer \_\_\_\_\_

BLZ \_\_\_\_\_

Bank \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

### Bestellservice:

per E-Mail: [info@dbw-online.de](mailto:info@dbw-online.de)

per Telefon: 0211 7300335

per Telefax: 0211 7300275

Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.

Höherweg 287 · 40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: [www.dbw-online.de](http://www.dbw-online.de)



# MELDUNGEN

## Bahn

### Beamte am Erfolg beteiligen

Die für Dezember 2009 geplante Erfolgsbeteiligung von 500 Euro für die Tarifbeschäftigten soll, so die Forderung der TRANSNET, auch den zugewiesenen Beamtinnen und Beamten der DB AG zugute kommen. Damit würde die Regelung aus dem aktuellen Tarifvertrag wirkungsgleich übertragen. TRANSNET-Vorstand Martin Burkert bat Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee in einem persönlichen Schreiben um entsprechende Prüfung. 2007 hatten die Beamtinnen und Beamten der DB AG ebenfalls eine Erfolgsbeteiligung von 480 Euro erhalten, die auf einer entsprechenden Regelung des damaligen Tarifvertrags beruhte. ■

## Bund

### Neues Dienstrecht im Bund verkündet

Nach der Verkündung im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 160ff.) sind weite Teile des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes des Bundes in Kraft getreten. Wesentliche Änderungen im Besoldungsrecht sind ab 1. Juli 2009 gültig. Auch die Bundesbeihilfeverordnung (BBhV), die Bundeslaufbahnverordnung (BLV) und die Verordnung zur Neuregelung mutterschutz- und elternzeitrechtlicher Vorschriften sind inzwischen verkündet und in Kraft getreten. ■



[www.bgbl.de](http://www.bgbl.de)

### Entwurf des Vierten Versorgungsberichtes liegt vor

Das Bundesministerium des Innern hat dem DGB den Entwurf des Vierten Versorgungsberichts zugeleitet. Die Frist zur Stellungnahme läuft am 18. März 2008 aus. Ein Beteiligungsgespräch ist für die Woche ab dem 23. März vorgesehen. Schwerpunkte des Berichts sind:

- Darstellung und Analyse der Versorgungsleistungen des öffentlichen Dienstes von 1970 bis 2006,
- Modellrechnungen für die bis 2050 zu erwartenden Versorgungsausgaben im Bund,
- Modellrechnungen zur langfristigen Tragfähigkeit des Systems,

■ Auswirkungen der Reformen in der Beamtenversorgung und

■ Darstellung der Zusatzversorgung mit Vorausberechnungen der Rentenausgaben bis 2050. ■

### Bilanz des Informationsfreiheitsgesetzes des Bundes

Das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) des Bundes ist seit dem 1. Januar 2006 in Kraft. Nach wie vor gebe es in der Praxis aber viele Hindernisse, das Recht auf Auskunft bzw. Akteneinsicht wahrzunehmen, moniert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einer Kleinen Anfrage.



Manche Verwaltungen nähmen das Gesetz ernst und setzten es mit den Fragestellerinnen und Fragestellern kooperativ um. Andere wiederum würden noch immer am überkommenen Modell einer obrigkeitlich geprägten und unkooperativen Verwaltung festhalten. Auch die mangelhafte Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über ihre Rechte rügen die Bündnisgrünen und erklären das Gesetz für „an einigen Stellen dringend reformbedürftig“. Auch an der „bürokratischen störrischen Verweigerungshaltung“ gegenüber Bürgerinnen und Bürgern, die Auskünfte erhofften, habe sich wenig geändert. Nach wie vor würden wichtige Anfragen unter dem Vorwand abgelehnt, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse Dritter seien gefährdet. Oft unterbleibe eine sorgfältige Prüfung der Stichhaltigkeit dieser Aussagen, die stattdessen dafür dienten, Anfragen abzulehnen zu können.

Aus der Antwort der Bundesregierung geht hervor, dass 2008 insgesamt 1.548 Anträge gestellt wurden, davon haben die Bundesministerien und deren nachgeordnete Behörden 618 Fälle vollständig, 193 teilweise beantwortet. 536 Anfragen wurden abgelehnt. 85 Mal wurde gegen eine vollständige oder teilweise Ablehnung Widerspruch eingelegt. Der Bundesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Peter Schaar wurde im vergangenen Jahr in 133 Fällen angerufen, in 83 Fällen betraf dies den ablehnenden Bescheid einer Bundesbehörde. ■

### Bürgerportale sollen sicherer werden

Die Bundesregierung hat Anfang Februar den Entwurf eines Gesetzes zur Regelung von Bürgerportalen beschlossen. Per „De-Mail“ sollen in Deutschland ab 2010 Nachrichten und Dokumente rechtssicher, zuverlässig und geschützt vor Spam über das Internet versendet werden können.

„So einfach wie E-Mail, so sicher wie Papierpost“, lautet der Werbeslogan. Mit dem Bürgerportalgesetz werden Anforderungen an die Ausgestaltung der De-Mail und an deren Betrieb

definiert sowie das Akkreditierungsverfahren geregelt. Während die bisherigen Verschlüsselungsmethoden lediglich einen Schutz der Vertraulichkeit von Nachrichten gewährleisten, so die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion, werden bei De-Mails Verschlüsselung und/oder Signaturen von privaten Anbietern verwaltet, die sich einem Akkreditierungsverfahren unterziehen müssen. Zudem soll der künftige elektronische Personalausweis mit De-Mail genutzt werden können. Bestehende E-Mail-Adressen bleiben von den Regelungen unberührt. Teilnehmende am De-Mail-Verkehr erhalten eine eigene Adresse. Eine abschließliche Nutzung der De-Mail im Rahmen der EU-Dienstleistungsrichtlinie ist nicht geplant. Die Bundesregierung rechnet mit Einsparungen von bis zu 1,5 Milliarden Euro jährlich für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung. ■

# MELDUNGEN

EU

## Arbeitszeitrichtlinie weiter umstritten

Auf Einladung des DGB-Verbindungsbüros in Brüssel kamen am 12. Februar etwa 35 EU-Parlamentarier, Gewerkschaftsvertreter und Mitarbeiter der Fraktionen im EU-Parlament zu einem Gespräch über die Arbeitszeitrichtlinie zusammen. Ausgangspunkt für die Gewerkschaftsseite: keine Verschlechterung der derzeit geltenden Regelungen. Denn noch immer stehen sich die Positionen des EU-Ministerrats und des EU-Parlaments unversöhnlich gegenüber (wir berichteten in Ausgabe 1/2009). Die Vertreter des ver.di-Fachbereichs Feuerwehren wiesen darauf hin, dass jede Verschlechterung bei der Bereitschaftszeit per Verordnung umgesetzt werde und nicht durch Tarifverträge abgemildert werden könne.

Die ver.di-Vertreter des Gesundheitswesens betonten, dass durch die geplanten Änderungen die Ziele des Arbeits-

und Gesundheitsschutzes ausgehebelt würden. Die Opt-out-Regelung wurde im Übrigen von allen Referenten als äußerst problematisch bewertet. Sie wäre auch Hauptstreitpunkt in einem eventuellen Vermittlungsverfahren. Wenn es nach dem EU-Parlament geht, soll sie nach einer klar definierten Übergangszeit entfallen, während der Ministerrat auf der Beibehaltung der Regelung beharrt. Wenn das Vermittlungsverfahren nicht bis zum 17. März offiziell eröffnet wird und sich Ministerrat und Parlament nicht bis Mitte Mai auf eine geänderte Richtlinie einigen, bleibt die bisherige Arbeitszeitrichtlinie in Kraft. ■

Post/Postbank/Telekom

## Initiative für bessere berufliche Chancen

Durch eine Beschäftigungsinitiative sollen die beruflichen Perspektiven der Beamtinnen und Beamten bei der Deutschen Post, Postbank und Telekom erwei-



Foto: Renate Stiebitz

tert werden. ver.di zielt mit der Initiative darauf ab, dass die Arbeitsplatzangebote beim Bund erweitert und die Mitnahmefähigkeit der Versorgung beim Wechsel in ein Arbeitnehmerverhältnis gesichert werden. Dazu sollen Gespräche mit der Bundesregierung und den Unternehmen auch über Aufstieg und dienstliche Beurlaubung geführt werden. Derzeit sind rund 140.000 Beamtinnen und Beamte bei der Deutschen Post, Postbank und der Telekom beschäftigt – in allen drei Unternehmen werden ihre Einsatzmöglichkeiten und beruflichen Perspektiven immer schwieriger. ■

**NÜRNBERGER** Beamten  
Versicherungen – Beamtendarlehen

## Zinsen senken – befreit leben.

Sie zahlen hohe Darlehensraten? Dann lösen Sie den bestehenden Kredit einfach ab – mit dem NÜRNBERGER Beamtendarlehen und der DSL Bank.

Schon ab 5,88 %\*!

\*effektiver Jahreszins bei einer Laufzeit von 12 Jahren

So können Ihre Wünsche wahr werden. Rufen Sie gleich an! Ihr Ansprechpartner nimmt sich gern Zeit für Sie.

 **Finanz-**  
**dienstleister**  
für den öffentlichen Dienst

**NÜRNBERGER** Beamten Lebensversicherung AG  
Chris Labitzke  
Tel. 0911 531-4872, Fax 531-814872  
chris.labitzke@nuernberger.de; www.nuernberger.de

Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg

**NÜRNBERGER**   
VERSICHERUNGSGRUPPE



# AUS DEN LÄNDERN



„Mehr Service – bessere Qualität“ verspricht das Modernisierungsprogramm der Senatsinnenverwaltung für Berlin. Ein sichtbarer und erfahrbarer Ausdruck dieser Verwaltungsmodernisierung sind die Berliner Bürgerämter. DGB-Vizechefin Ingrid Sehrbrock hat sich vor Ort über die Umsetzung des Modernisierungsprozesses und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten informiert.

Spätestens seitdem die Beantragung des „berlinpasses“ auf die Bürgerämter verlagert worden ist, knirscht es im Gebälk. Seit dem 2. Januar erhalten Leistungsempfänger/innen den „berlinpass“, den sie bis dahin im Jobcenter beantragen konnten, in den Bürgerämtern. Der erhöhte Andrang ist auch im Bürgeramt Charlottenburg-Wilmersdorf kaum zu bewältigen. Noch bevor das Bürgeramt im Rathaus Charlottenburg seine Pforten öffnet, wird die Schlange der Wartenden vor dem Empfang immer länger. Nicht alle schaffen es, ihre Ungeduld zu zügeln.

## Reibungslose Vorgangsbearbeitung bei hoher Arbeitsdichte

Umso erstaunlicher ist, wie schnell die Bürgerinnen und Bürger mit ihren unterschiedlichen Anliegen an die Arbeitsplätze der Sachbearbeiter/innen weitergeleitet werden, sobald der Empfang geöffnet ist. Auch die Bearbeitungszeiten belaufen sich in der Regel auf nur wenige Minuten. Durch die Ausgabe des „berlinpasses“ sei die Arbeitsbelastung erheblich gewachsen, beklagen die Beschäftigten den steigenden Arbeitsdruck. Immer mehr Aufgaben seien den Bürgerämtern übertragen worden, ohne dass das Personal aufgestockt worden sei.

## Die Aufgaben und die Belastungen wachsen

Personalabbau bei mangelnder Aufgabenkritik wirkt nicht nur in den Berliner Bürgerämtern organisatorische Probleme auf, berichtet die stellvertretende Vorsitzende des DGB Ingrid Sehrbrock im Gespräch mit den Beschäftigten. Viele Behörden kämpften mit den Folgen von Modernisierungsmaßnahmen, die in erster Linie dem Spardiktat im öffentlichen Dienst geschuldet seien. „Arbeitsverlagerungen dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden“, fordert Sehrbrock. Sie will deren Anliegen und Kritik im Gespräch mit den Gewerkschaften erörtern und nach Lösungsmöglichkeiten suchen helfen.



DGB-Vize Ingrid Sehrbrock informiert sich bei Bezirksstadtrat Joachim Krüger über die Arbeitsweise des Bürgeramtes. Foto: Frank Wecker

## Gesucht: Praktikable Lösungen für gute Arbeitsbedingungen

Beim Rundgang durch das Bürgeramt erläutert der für die Bürgerämter im Bezirk verantwortliche Stadtrat Joachim Krüger die baulichen und technischen Probleme bei der Umsetzung der bürgernahen Verwaltung. Auch die Beschäftigten wünschen sich mehr Unterstützung und praktikable Lösungen, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Manchmal stecke der Teufel im Detail: Die für die einzelnen Arbeitsplätze notwendige technische Ausstattung etwa lasse sich nicht immer so anordnen, dass sie optimal bedient werden könne. Für deren störungsfreien Betrieb seien überdies unterschiedliche Ansprechpartner zuständig, deren Arbeitszeiten nicht immer denjenigen der Beschäftigten in den Bürgerämtern entsprächen.

# Modernisierung mit Hindernissen

DGB-Vize Ingrid Sehrbrock besucht Bürgeramt Charlottenburg-Wilmersdorf

## Beschäftigte an Veränderungsprozessen beteiligen

Die Berliner/innen sind im Übrigen mit „ihren“ Bürgerämtern sehr zufrieden. Das zeigt der Abschlussbericht zum Monitoring „Effizienz und Effektivität“ Berliner Bürgerämter. Großzügige Öffnungszeiten, kurze Warte- und Bedienzeiten und freundliche Mitarbeiter/innen tragen zur Gesamtzufriedenheit bei. Für die Beschäftigten könnte das Ansporn sein, noch besser zu werden. Letztlich aber wird der Erfolg des Verwaltungsmodernisierungsprozesses – in Berlin und anderswo – davon abhängen, ob die Beschäftigten an den Veränderungsprozessen beteiligt werden. ■

# AUS DEN LÄNDERN

## Baden-Württemberg

### Beamte zeigen Probleme auf

Wird ein Feuerwehrmann mit 62 Jahren noch Menschen aus großer Höhe retten können? Soll ein Streifenpolizist bei der Leistungsbezahlung leer ausgehen, weil sein Kollege den Fall aufgenommen hat? Über solche strittigen Fragen der geplanten Dienstrechtsreform in Baden-



Der DGB mit Medienvertreter/innen auf Infotour zu ausgewählten Dienststellen in Baden-Württemberg. Foto: DGB Baden-Württemberg

Württemberg haben Beamtinnen und Beamte mit Journalistinnen und Journalisten gesprochen, die an einer Informationstour des DGB teilnahmen. Bei der Feuerwehr müssten auch über 60-Jährige noch in den Einsatz, wenn die Lebensarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten um zwei Jahre verlängert würde. Ein Rückzug in den Innendienst sei kaum möglich, weil es dort nur wenig Aufgaben gebe, berichteten Brandschützer. Der DGB lehnt eine höhere Pensionsaltersgrenze ab und fordert stattdessen präventive Maßnahmen, damit Menschen länger aktiv im Dienst bleiben können. Die vorgesehene Leistungsprämie müsse zusätzlich zum Gehalt gezahlt, nach objektiven Kriterien vergeben werden und für alle erreichbar sein. Polizei und Feuerwehr sollen ausgenommen werden. Ein Beschäftigter der Stuttgarter Einsatzhundertschaft der Polizei veranschaulichte: „Wir arbeiten im Team.“ Da sei es schwierig, einen allein für gute Leistung zu belohnen. ■

## Bayern

### „Warnstreiks zeigten Wirkung“

Die GdP Bayern betrachtet den Tarifkompromiss für den öffentlichen Dienst auch als Ergebnis der Streikaktionen der

Beschäftigten. „Die Warnstreiks der bayerischen Polizei und die bundesweiten Kundgebungen im Tarifkonflikt haben ihre Wirkung nicht verfehlt“, resümiert die Gewerkschaft. Zuletzt hatten am 26. Februar fast 5.000 Mitarbeiter/innen des öffentlichen Diensts, darunter 500 Tarifbeschäftigte der Polizei und viele Polizeibeamte, in Nürnberg für mehr Geld demonstriert. Die Verhandlungspartner einigten sich am 1. März auf eine Gehaltssteigerung von 5,8 Prozent. ■

## Berlin

### DGB vermisst Demokratie im Beamtenrecht

Der Berliner Senat habe seine Chance vertan, eine grundlegende Modernisierung des Beamtenrechts einzuleiten. Das beklagt der Vorsitzende des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg Dieter Scholz nach der Anhörung zum neuen Dienstrechtsänderungsgesetz im Abgeordnetenhaus. Statt auf Demokratisierung zu setzen, präge ein obrigkeitstaatlicher Geist den Gesetzentwurf. Unverständlich sei, dass der Senat die Interessenvertretungen der Beamtinnen und Beamten ausbremsen wolle. Dieser „undemokratische Akt“ passe nicht ins aufgeklärte Deutschland des 21. Jahrhunderts. Wer Mitbestimmung nur als Hemmfaktor sehe, diskreditiere sich selbst, sagte Scholz. In einem offenen Brief an die Abgeordneten der Berliner Regierungsparteien SPD und Linke fordert er angemessene Mitbestimmungsrechte für Beamtinnen und Beamte. Scholz spricht von drohender Flickschusterei im Beamtenrecht, nachdem die Föderalismusreform den Ländern die Zuständigkeit für Besoldung und Versorgung ihrer Beamtinnen und Beamten übertragen hat. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes befürchten, dass jedes Land seinen Gestaltungsspielraum höchst unterschiedlich nutzt. Das erschwere die Vergleichbarkeit von Laufbahnen und damit den Wechsel von einem Bundesland ins andere. ■

## Brandenburg

### DGB: Tarifabschluss schnell übertragen

Brandenburgs Regierung soll – wie versprochen – den Tarifabschluss im öf-

fentlichen Dienst möglichst schnell auf die Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen übertragen. Das fordert der DGB-Bezirksvorsitzende Dieter Scholz. Das Tarifergebnis sei „auch und gerade in Zeiten der Finanzkrise ein wichtiges Signal zur Stärkung der Binnennachfrage“. Nur auf diesem Weg könne Anschluss an die Einkommensentwicklung gehalten werden. Scholz erinnert daran, dass die Besoldung in Brandenburg seit 2004 nur zweimal und das nur unterhalb der für Arbeiter/innen und Angestellte im öffentlichen Dienst abgeschlossenen Tarifverträge erhöht worden sei. „Der Dienstherr ist in der Pflicht, die Schere bei den Einkommen zwischen den Beschäftigtengruppen im Sinne des Betriebsfriedens zu schließen“, betont Scholz. ■

## Bremen

### Beamte wollen Gehaltsanpassung unverzüglich

Der DGB Bremen fordert, dass das Tarifergebnis für die Angestellten im öffentlichen Dienst zeit- und inhaltsgleich auf Beamtinnen, Beamte und Versorgungsempfänger/innen übertragen wird. „Beamtinnen, Beamte sowie Versorgungsempfänger und -empfängerinnen dürfen von diesem Verhandlungsergebnis nicht wieder abgekoppelt werden“, warnte die Regionsvorsitzende Helga Ziegert. Laut Beschluss des Senats über die Haushalts Eckwerte 2010/2011 sollen die Tarifsteigerungen mit Verzögerungen übernommen werden. Dagegen haben Beamtinnen und Beamte mit einer Kundgebung am 13. Februar auf dem Bremer Marktplatz protestiert, zu der ver.di, GdP und GEW aufgerufen hatten. ■

## Hamburg

### DGB: Beamte werden wie Dienstherr betrachtet

Der Senatsentwurf für ein neues hamburgisches Beamtenrecht wird modernen Anforderungen an ein engagiertes, bürgerfreundliches Beamtentum nicht gerecht. Das kritisiert der DGB in einer Stellungnahme. Beamtinnen und Beamte würden immer noch wie „ein zeitlich und überall einsetzbares Dienstherr“ betrachtet. Um Mobilität und Personal-

# AUS DEN LÄNDERN

Veränderungen zu erreichen, sei es keineswegs notwendig, sie stets verpflichten zu können und ihnen eine Mitwirkung bei Abordnungen und Versetzungen vorzuenthalten. Vor allem kritisiert der DGB, dass die Regelaltersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand von 65 auf 67 Jahre angehoben werden soll und Altersteilzeit fehlt. Die Beamtenschaft werde im Durchschnitt noch älter statt verjüngt. Unerträglich sei es, Mitarbeiter/innen zu ermöglichen, auf Antrag bis zum 70. Lebensjahr zu arbeiten.

Die Absicht, ein Beteiligungsverfahren mit den Gewerkschaften zu vereinbaren, sei „ein erster entscheidender Schritt“. Gesetzlich müsse er jedoch besser verankert werden. Der DGB will, dass die Beteiligung von einer einfachen Anhörung abgegrenzt und so geregelt wird, dass die Gewerkschaften auf die Gestaltung von Arbeitsbedingungen wirksam Einfluss nehmen können. Positiv zu sehen sei die Reform des Laufbahnrechts mit nur noch zwei Gruppen. ■

## Hessen

### Bouffier lehnt Tarifabschluss ab

Innenminister Volker Bouffier (CDU) will in Hessen den Tarifabschluss für die Angestellten im öffentlichen Dienst nicht übernehmen. Er strebe „eine eigenständige Lösung“ an, teilte sein Sprecher mit und verwies darauf, dass Bouffier als „Sachwalter des Steuerzahlers“ verhandele. Ziel sei jedoch „ein Abschluss, der Arbeitnehmer fair behandelt“. Hessen ist nicht mehr Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und verhandelt eigenständig mit den Gewerkschaften.

„Wir erwarten bei der Fortsetzung der Verhandlungen nunmehr ein entsprechendes Angebot“, erklärte ver.di-Verhandlungsführer Christian Rothländer. Die Zeit des Zauderns, Zögerns und Verschleppens sei vorbei. Die Verhandlungen für die rund 38.400 Landesbeschäftigten wurden am 6. März fortgesetzt. Die TdL hatte sich am 1. März mit den Gewerkschaften auf ein Gehaltsplus von 5,8 Prozent verständigt. SPD, Grüne und Linke im Landtag fordern die Rückkehr in die TdL. ■

## Mecklenburg-Vorpommern

### Gesetzentwurf zur Kreisgebietsreform liegt vor

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften sind aufgefordert, bis zum 30. März zum Gesetzentwurf zur Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern Stellung zu nehmen. Grundlage des Entwurfs ist ein Modell aus sechs Landkreisen und den zwei kreisfreien Städten Rostock und Schwerin. Im Entwurf enthalten sind Regelungen zum Personalübergang der Beamtinnen und Beamten

gegen den Fachkräftemangel. Die Landesregierung müsse in einem Nachtragshaushalt 1.500 zusätzliche Stellen schaffen und die Kapazitäten in der Lehrerbildung ausweiten. Mittelfristig sei eine Planung des Personalbedarfs notwendig, die den gestiegenen Anforderungen an das Schulsystem gerecht werde. Obwohl die GEW schon im Sommer 2007 Vorschläge vorgelegt habe, sei die Landesregierung untätig geblieben. Brandt weist darauf hin, dass der Wettbewerb der Länder um Bewerber/innen schon begonnen habe. Lehrkräfte, die in Niedersachsen als Feuerwehr ein-

### Geplante künftige Struktur der Landkreise und kreisfreien Städte in Mecklenburg-Vorpommern



von aufgelösten in neue oder neu aufgeteilte Landkreise. Neu gebildete Landkreise sind als Dienstherren verpflichtet zu bestimmen, welche Mitarbeiter/innen von welchen Körperschaften übernommen werden. Gemäß dem vom Landtag im April 2008 beschlossenen „Gesamtrahmen für die umfassende Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern“ soll der Entwurf bis zum Sommer in den Landtag eingebracht werden. ■

sprängen, seien am Arbeitsmarkt nur zu gewinnen, wenn sie eine volle Stelle für ein Jahr mit einer Übernahmegarantie bekämen. ■

## Nordrhein-Westfalen

### Lehrer erstreiten Änderung im Beamtengesetz

Nordrhein-Westfalen (NRW) muss erneut entscheiden, ob angestellte Lehrer/innen verbeamtet werden. Dazu ist das Land nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts verpflichtet. Geklagt hatten mehrere angestellte Lehrer, die nicht Beamte werden durften, weil sie die in NRW geltende Höchstaltersgrenze von 35 Jahren überschritten hatten. Höchstaltersgrenzen hat das Gericht zwar nicht grundsätzlich in Frage gestellt, die Regelung in NRW jedoch aus formellen Gründen bemängelt und die Laufbahnverordnung insoweit für unwirksam erklärt. In Fächern mit Lehrerman-

## Niedersachsen

### Land soll für neue Lehrerstellen sorgen

Die GEW warnt Niedersachsens Regierung davor, Personalengpässe in den Schulen auf Kosten der Lehrer/innen auszugleichen. Eine Mehrbelastung, etwa indem Teilzeitkräfte die Zahl ihrer Unterrichtsstunden erhöhen müssen, sei ausgeschlossen. Der GEW-Landesvorsitzende Eberhard Brandt fordert Sofortmaßnahmen

# AUS DEN LÄNDERN

gel lasse die Regelung Ausnahmen mit Überschreitungen der Altersgrenze um bis zu zehn Jahre zu. Der Rahmen für diese Ausnahmen müsse per Gesetz festgelegt sein, forderte das Gericht, und nicht nur durch Verwaltungserlasse. Bei einigen Klägern seien zudem Kindererziehungszeiten, Grundwehrdienstzeiten und Schwerbehinderungen nicht ausreichend berücksichtigt.

Die GEW wertet das Urteil als Erfolg. Sie geht davon aus, dass nun auch eine große Zahl von Verbeamtungsanträgen von Lehrkräften geprüft werden muss, die wegen des Wegfalls des Mangelfach-erlasses nicht mehr verbeamtet wurden. Die GEW will Betroffenen Handlungshinweise geben. (Az: BVerwG 2 C 18.07). ■

## Rheinland-Pfalz

### Bruch sagt mehr Beförderungen zu

Der rheinland-pfälzische Innenminister stellt mehr Geld für Beförderungen zur Verfügung. Wie die GdP mitteilt, hat Minister Karl Peter Bruch (SPD) dies der Gewerkschaft zugesagt. Die GdP wertet



Bernd Becker, Joachim Laux, Helmut Knerr, Innenminister Karl Peter Bruch, Ernst Scharbach, Margarethe Relet, Heinz Werner Gabler, Alfons Meyer, Reiner Leubecher  
Foto: M. Stöhr

den Entschluss als Erfolg ihrer Bemühungen um höhere Quoten. Den Informationen zufolge soll das Budget um 150.000 Euro auf 2,2 Millionen Euro steigen. Daraus ergeben sich laut GdP bei den Beförderungen nach A 10 weitere 30 Möglichkeiten. Insgesamt können hier fast 700 Polizeibeamtinnen und -beamte höher eingruppiert werden. Im Bereich A 11 steigt die Zahl um 29 auf 270. Für A 12 stehen nun 70 Stellen zur Verfügung, neun mehr als ursprünglich angesetzt. Die GdP erklärt, Bruch habe damit „im Rahmen seiner Möglichkeiten und seines Budgets versucht, der Beförderungsmisere entgegenzuwirken“. Vertreter/-

innen der GdP hatten in Gesprächen mit Bruch unzureichende Beförderungsmöglichkeiten für dieses Jahr beklagt, insbesondere in den Bereichen A 12 und A 13. Viele übten seit Jahren Funktionen aus, die nach A 12 oder A 13 bewertet sind, ohne die entsprechende Besoldung zu erhalten, kritisierten sie. ■

## Saarland

### GEW verlangt mehr Gesundheitsfürsorge

Die saarländische GEW fordert die Landesregierung auf, mehr für die Gesundheit der Lehrer/innen zu tun. Sie verlangt einen Gesundheitsbericht, aus dem hervorgeht, in welchem Alter und aus welchen Gründen Lehrkräfte in den Ruhestand versetzt werden. Der Bericht soll – bezogen auf die Schulform – auch Auskunft darüber geben, welche Krankheitsursachen zu Frühpensionierungen führen. „Viele Lehrer werden durch den Stress in der Schule krank und müssen frühzeitig den Schuldienst quittieren“, warnte der GEW-Landesvorsitzende Klaus Kessler beim 5. Gesundheitstag der Gewerkschaft in Kirkel. Die GEW strebt ein landesweites Modellprojekt mit dem Titel „Strategien zur Gesunderhaltung von Lehrkräften“ an. Es soll vier Schwerpunkte haben: Stressmanagement und Entspannungsmethoden; Supervision und Coaching, insbesondere für Schulleitungen; Umgang mit Konflikten, Mobbing und Krisen sowie individuelle Beratung zur Gesundheitsvorsorge. Als Ursache für die steigende Belastung der Lehrer/innen nennt die GEW schlechter werdende Rahmenbedingungen in den Schulen. In erster Linie hätten Beschäftigte zunehmend mit schwierigen Schülerinnen und Schülern zu tun. Weitere Stressfaktoren seien übergroße Klassen und eine hohe Zahl von Unterrichtsstunden. Kessler forderte kleinere Klassen und eine geringere Unterrichtsverpflichtung. ■

## Sachsen

### Tarifergebnis soll übertragen werden

Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) und Finanzminister Prof. Dr. Georg Inland (parteilos) haben sich po-

sitiv zur Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten geäußert. Demnach soll die Übernahme zeit- und möglichst deckungsgleich erfolgen.

Schon vorher hatten die Fraktionen von SPD und Linke im sächsischen Landtag die Forderung des DGB nach einer Besoldungserhöhung für Beamtinnen und Beamte unterstützt. „An uns wird eine Änderung der Besoldungsregelungen für Beamtinnen und Beamte ganz sicher nicht scheitern“, hatte der Fraktionsvorsitzende der Linken, Dr. André Hahn, auf ein Schreiben des DGB geantwortet. SPD-Fraktionschef Stefan Brangs hatte erklärt, die SPD unterstütze die Forderung, „dass die Besoldung der Beamtinnen und Beamten des Freistaats im Bundesvergleich nicht zurückfallen darf“. Mit dem Konzept eines sozialen und gleichzeitig zukunftsfähigen öffentlichen Dienstes sei dies nicht vereinbar. Der DGB hatte die Landesregierung aufgefordert, verbindlich zu erklären, dass das Ergebnis der Tarifrunde zeit- und inhaltsgleich auf die Besoldung übertragen wird. ■

## Sachsen-Anhalt

### GEW befürwortet einheitliche Bezahlung

Die GEW hat Sachsen-Anhalts Regierung ermuntert, Vorschlägen nach einer bundesweit einheitlichen Bezahlung für Lehrer/innen nachzukommen. „Die Forderung nach einer einheitlichen tariflichen Regelung für die Bezahlung der Lehrerinnen und Lehrer hat die GEW längst aufgemacht“, entgegnet die Landesvorsitzende Eva Gerth auf Aussagen aus dem Kultusministerium. Das diene einem fairen Wettbewerb. Durch die verhängnisvolle Föderalismusreform sei Sachsen-Anhalt Schlusslicht bei der Lehrerbezahlung. Gerth zufolge fordert die GEW seit Monaten von Finanzminister Jens Bullerjahn (SPD) und Kultusminister Dr. Jan-Hendrik Olbertz (parteilos), dass sie durch ein attraktives Bezahlungssystem gegen den absehbaren Lehrermangel vorgehen sollen. Dazu gehöre die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten und die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes. ■

# AUS DEN LÄNDERN

## Schleswig-Holstein

### Qualifizierungsvorschrift geht DGB zu weit

Der DGB stimmt dem Entwurf einer Allgemeinen Laufbahnverordnung für Beamtinnen und Beamte in Schleswig-Holstein nicht zu. In einer vorläufigen Stellungnahme bringt er u. a. Einwände gegen die Vorschrift zur Qualifizierung für Beförderungämter vor. Der Nachweis einer erfolgreichen Qualifizierung als Voraussetzung dafür, dass Beschäftigten ein Beförderungamt übertragen wird, überziehe die Umsetzung des Ziels vom lebenslangen Lernen. Nach Ansicht des DGB wäre es zielführender, für ein konkretes Beförderungamt in einer Aus-

schreibung bestimmte Qualifikationsnachweise zu fordern. Darüber hinaus sollen die für einen Laufbahnwechsel erforderlichen Tätigkeiten und Kenntnisse in einer Laufbahnverordnung beschrieben und nicht allein von der obersten Landesbehörde geregelt werden. ■

## Thüringen

### „Streikende verhindern Abkopplung des Ostens“

Als Erfolg für die östlichen Bundesländer wertet die GEW Thüringen den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst. Das sei auch ein Verdienst der Teilnehmer/innen an den Warnstreiks. „Mit umfassenden Streikaktionen haben Lehre-

rinnen und Lehrer, Erzieher, Hochschulangehörige Wissenschaftler, Polizisten und Verwaltungsangestellte verhindert, dass die östlichen Bundesländer bei den Gehaltszuwächsen abgekoppelt werden“, hob der GEW-Landesvorsitzende Jürgen Röhreich hervor. Die Entgelte in Ostdeutschland steigen ab 2010 auf 100 Prozent des Westniveaus. Dem Aufruf der Gewerkschaften zum ganztägigen Streik waren am 26. Februar in Erfurt 5.000 Menschen gefolgt. An zwei Streiktagen zuvor legten 2.700 Landesbeschäftigte und 3.500 Lehrer/innen die Arbeit nieder. Beamtinnen und Beamte beteiligten sich und machten vielerorts mit eigenen Aktionen darauf aufmerksam, dass es auch um ihre Einkommen gehe. ■

# PORTRÄT



Im Porträt: Werner Grommisch, Technischer Beamter, freigestellter Personalrat

## „Fehler dürfen nicht vorkommen“

Die gewaltigen Veränderungen der elektronischen Erfassung, Kommunikation und Archivierung, die durch die moderne Informationstechnik möglich geworden sind, hat er nicht mehr im Detail mitbekommen, denn seit über zehn Jahren ist Werner Grommisch freigestellter Personalrat der Stadtverwaltung Essen. Vorher hat er lange Zeit als technischer Beamter im Katasteramt der Stadt gearbeitet und darauf geachtet, dass bei der Vermessung von Grundstücksgrenzen alles mit rechten Dingen zugeht.

Werner Grommisch hat das Vermessungswesen von der Pike auf gelernt: Der Ausbildung zum Vermessungstechniker bei einem öffentlich bestellten Vermessungsingenieur folgte das Studium des Vermessungswesens an der FH Essen. 1984 tritt er als Inspektorenanwärter in den Dienst der Stadt Essen. 12 Monate später darf er sich städtischer Vermessungsobersinspektor z. A. nennen. Im Katasteramt stellt er die Unterlagen – die so genannten Fortführungsrisse – für Antragsteller und von ihnen beauftragte Vermessungsbüros zusammen. Investoren, Bauherren, Grundstückseigentümer oder die Vermessungsstellen anderer Behörden sind seine „Kunden“, die – etwa für geplante Bauprojekte – Grundstücke aufteilen, Grundstücksgrenzen



bestimmen oder Neuvermessungen durchführen lassen wollen. In den Fortführungsrissen sind Grenzpunkte oder Gebäudeecken eingezeichnet und Messpunkte dokumentiert. Auch die Daten der Vermessungsbüros werden in den Urkunden verzeichnet und

von Grommisch auf Plausibilität geprüft: „Abweichungen sind möglich, Fehler dürfen nicht vorkommen“, erläutert der 52-Jährige. Zu guter Letzt werden die Daten ins Kataster übernommen und archiviert.

Heute ist Werner Grommisch einer von elf freigestellten Personalräten und vertritt mit seinen Kolleginnen und Kollegen die Interessen von rund 9.000 Beschäftigten. „Manchmal müssen wir die Beteiligung des Personalrats regelrecht einfordern“, schildert der ver.di-ner die Widerstände, die überwunden werden müssen. „Aber es gibt zum Glück auch Dienstherren, für die die Einbeziehung des Personalrats eine Selbstverständlichkeit ist.“ ■



Statusrecht spezial – Teil I

## Einheitliche Regelung gescheitert

Am 1. April 2009 tritt das neu geschaffene Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) in seinen wesentlichen Teilen in Kraft. Es regelt die grundlegenden Rechtsverhältnisse der Beamtinnen und Beamten in den Ländern.

Dieser dreiteilige Service gibt einen Überblick über den Regelungsinhalt des Gesetzes (Teil I), stellt das Zusammenspiel des Beamtenstatusgesetzes mit beamtenrechtlichen Landesregelungen dar (Teil II) und erläutert einige wichtige Änderungen gegenüber der bisherigen Rechtslage (Teil III).

### Begriff des Statusrechts neu geschaffen

Das Beamtenstatusgesetz geht auf die Föderalismusreform I zurück, in deren Ergebnis der Bund nur noch die Gesetzgebungskompetenz für das Statusrecht der Beamtinnen und Beamten in den Ländern hat. Der Begriff „Statusrecht“ ist bei der Grundgesetzänderung in Art. 74 Abs. 1 Nr. 27 Grundgesetz neu geschaffen worden. Seine Reichweite ist nicht eindeutig geklärt. Verfassungsrechtlich ist der Begriff „Statusrecht“ sehr weit gefasst. Nach dem Wortlaut des Art. 74 Abs. 1 Nr. 27 Grundgesetz beinhalten die Statusrechte und -pflichten der Beamten auch das Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht, die jedoch kompetenzrechtlich aus der Zuständigkeit des Bundes herausgenommen worden sind. Dementsprechend

enthält das Beamtenstatusgesetz zu diesen Rechtsbereichen auch keine Regelung.

### Regelungsinhalte des Beamtenstatusgesetzes

Die Konzeption des Beamtenstatusgesetzes ist es, den Kernbereich des Beamtenstatusrechts zu regeln. In der Umsetzung wird das Statusrecht auf einen begrenzten Katalog grundlegender beamtenrechtlicher Vorschriften reduziert. Die wesentlichen Regelungsinhalte sind:

- die Dienstherrenfähigkeit (§ 2 BeamtStG)
- Art, Dauer, Voraussetzung eines Beamtenverhältnisses sowie Nichtigkeits- und Rücknahmegründe einer Ernennung (§§ 3 bis 12 BeamtStG)
- Regelungen zur Abordnung, Versetzung und Zuweisung von Beamtinnen und Beamten sowie Umbildung von öffentlich-rechtlichen Körperschaften (§§ 13 bis 20 BeamtStG)
- Voraussetzungen und Formen der Beendigung eines Beamtenverhältnisses (§§ 21 bis 32 BeamtStG)
- Grundlegende Statusrechte und Pflichten von Beamtinnen und Beamten (§§ 33 bis 50 BeamtStG)



Das RentenPlus

DGB



## Gute Planung zahlt sich aus.

Mit staatlicher Förderung für das Alter vorsorgen.

Riester-Rente mit Sondertarif für Gewerkschaftsmitglieder

Die Vorteile sind

- hohe garantierte Rente
- hohe staatliche Förderung
- günstige Sondertarife
- gute Beratung

**Rentenversicherung „Klassik“ oder „Chance“**

<p>Debeka (Konsortialführer) Tel.: 0180-5006590-10</p> <p>BHW Tel.: 0180-5006590-20</p> <p>DBV-Winterthur Tel.: 0180-5006590-30</p>	<p>DEVK Tel.: 0180-5006590-40</p> <p>HUK-COBURG Tel.: 0180-5006590-50</p> <p>NÜRNBERGER Tel.: 0180-5006590-60</p>
---	---

**Fondssparen „UniProfiRente“**

BBBank  
Tel.: 0180-5006590-70

[www.das-rentenplus.de](http://www.das-rentenplus.de)



- **■** Kollektivrechtliche Vorschriften (§§ 51 bis 53 BeamtStG)  
**■** Regelungen für den Verteidigungsfall (§§ 55 bis 59 BeamtStG)  
**■** Sonderregelungen für den Auslandseinsatz (§ 60 BeamtStG) sowie für wissenschaftliches Hochschulpersonal (§ 61 BeamtStG)

### Einheitliche Regelung des Statusrechts nicht gelungen

Mit dem Beamtenstatusgesetz hat der Bund versucht, das Statusrecht der Beamtinnen und Beamten in den Ländern, Gemeinden und öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten der Länder einheitlich zu regeln. Dieser Versuch ist nach Ansicht vieler Experten gründlich schief gegangen. Viele Bereiche sind nur sehr rudimentär geregelt oder können durch Landesrecht abweichend bestimmt werden. Wie dabei das Zusammenspiel von Beamtenstatusgesetz und Landesbeamtengesetzen ist und welche Regelungsmöglichkeiten die Länder im Einzelnen haben, wird in Teil II dieses Service spezial dargestellt. ■

## MARKT der Kleinanzeigen im Beamten-Magazin

### Altersvorsorge – Riester für Beamte

Sondertarife für Gewerkschaftsmitglieder: Sichern Sie sich jetzt die Riesterförderung für Beamte und Ehegatten. Mehr Infos unter [www.das-rentenplus.de](http://www.das-rentenplus.de)

### Anwälte

Disziplinarrecht  
 RA A. Schlegelmilch, LL.M.  
[www.skfh.eu](http://www.skfh.eu)

### Bank für den öffentlichen Dienst

BBBank – Jetzt zur Hausbank für Beamte und den öffentlichen Dienst wechseln.  
 Mehr Informationen unter [www.bezuegekonto.de](http://www.bezuegekonto.de)

### Berufsausbildung

Dienstleistungsberufe – Starten Sie ihre Karriere im öffentlichen Dienst: [www.dienstleistungsberufe.de](http://www.dienstleistungsberufe.de)

### Einkaufen

Einkaufsvorteile für Beamtinnen und Beamte unter [www.einkaufsvorteile.de/bsw](http://www.einkaufsvorteile.de/bsw)

### Geld

Anschaffungen oder Umschuldungen mit der NÜRNBERGER unter [www.beamtenkredite-online.de](http://www.beamtenkredite-online.de)

Informationen zur Besoldung unter [www.besoldung-online.de](http://www.besoldung-online.de)

### Gesundheit

Ratgeber „Die Beihilfe“ nur 7,50 Euro  
 Bestellungen unter [www.die-beihilfe.de](http://www.die-beihilfe.de)  
 oder per Tel.: 0211 7300335

### Kliniken und Gesundheitseinrichtungen

Das informative Verzeichnis für beihilfefähige Kliniken mit allen wichtigen Kontaktdaten unter [www.klinikverzeichnis-online.de](http://www.klinikverzeichnis-online.de)

### Öffentlicher Dienst

**OnlineService:** Für nur 10 Euro können Sie mehr als 800 PDF zu den wichtigsten Themen im öffentlichen Dienst herunterladen, lesen und ausdrucken. Anmelden unter [www.dbw-online.de](http://www.dbw-online.de)

### Urlaub

Mehr als 5.000 Gastgeber finden Sie unter [www.urlaubsverzeichnis-online.de](http://www.urlaubsverzeichnis-online.de)

# DAS INTERVIEW



**Im Tarifstreit der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder haben sich Gewerkschaften und Arbeitgeber in der vierten Verhandlungsrunde Anfang März geeinigt. Die Tabellenwerte werden um durchschnittlich 5,8 Prozent erhöht. Das „Magazin für Beamtinnen und Beamte“ sprach mit dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske über den Tarifabschluss.**

## **Die Erwartungen an die Tarifrunde für die Länder waren hoch. Sind die Ziele der Gewerkschaften erreicht worden?**

Wir haben mit dem Tarifkompromiss wichtige Kernziele erreicht: Nach jahrelangen Reallohnverlusten bringt er den Beschäftigten der Länder endlich wieder deutliche, tabellenwirksame, das heißt nachhaltige Einkommenszuwächse. Eines unserer wichtigsten Ziele war, eine dauerhafte Abkoppelung der Tarifentwicklung in den Ländern vom übrigen öffentlichen Dienst zu verhindern. Mit diesem Ergebnis ist der Anschluss an das Tarifniveau bei Kommunen und Bund nun wieder erreicht, 2009 bis auf wenige Euro, 2010 vollständig.

Verhindert haben wir auch die Nullmonate, die die Arbeitgeber durchsetzen wollten. Wir haben eine soziale Komponente vereinbart, die vor allem den unteren Einkommensgruppen zugute kommt. Die Auszubildenden erhalten ein spürbares Plus bei ihren Ausbildungsvergütungen. Für die Lehrerinnen und Lehrer bringt die Einigung wichtige Verbesserungen. Schließlich haben wir auch erreicht, dass die Einkommen in Ost und West zeitgleich angehoben werden, der Osten ist nicht erneut abgehängt worden. Damit trägt der Abschluss wesentlich dazu bei, den Gleichklang der Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst wiederherzustellen – zwischen Ländern, Kommunen und Bund und zwischen Ost und West. Das ist auch ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit und ein nicht zu unterschätzender Erfolg.

## **An den Streiks und Aktionen waren auch GEW, GdP und IG BAU beteiligt. Hat sich die Zusammenarbeit der DGB-Gewerkschaften in den Tarifausschüßlungen im öffentlichen Dienst bewährt?**

Dieses Ergebnis wäre ohne die große Mobilisierung und Aktionsbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedenen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes nicht zustande gekommen. Die Warnstreiks und Aktionen von Kolleginnen und Kollegen aus den Straßenmeistereien, den Bauverwaltungen, vom Küstenschutz, aus Unikliniken



und Hochschulen, aus Landesämtern und -verwaltungen, von Lehrerinnen und Lehrern vor allem im Osten, von Feuerwehrleuten und Polizisten und vielen anderen – die haben erst den nötigen Druck erzeugt. Die Zusammen-

arbeit der Gewerkschaften hat auch vor Ort in dieser Tarifrunde wirklich gut funktioniert.

Klar ist aber auch: Die Rahmenbedingungen werden künftig sicher nicht einfacher. Wir werden in Zukunft in den Ländern eher noch mehr darum kämpfen müssen, gute Arbeitsbedingungen und Einkommen durchzusetzen. Deshalb müssen wir auch hier mehr Mitglieder gewinnen und stärker werden, und wir müssen die Zusammenarbeit der Gewerkschaften weiter ausbauen.

## **Ein nicht zu unterschätzender Erfolg**

### **Beamtinnen und Beamte haben sich in den Warnstreiks mit den Tarifbeschäftigten solidarisch gezeigt. Was bringt der Tarifabschluss für die Beamtinnen und Beamten in den Ländern?**

Das Tarifergebnis setzt Maßstäbe auch für den Beamtenbereich. Das Ergebnis muss zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten der Länder und der Kommunen übertragen werden. Wir setzen uns gegenüber den Landesregierungen für eine zügige gesetzliche Umsetzung ein. Aber auch die Beamtinnen und Beamten selbst müssen aktiv für die Übertragung eintreten. ■

#### **Zur Person**

- 1952 in Helmstedt geboren
- Studium der Politikwissenschaft
- 1991 bis 1997: stellv. Bezirksvorsitzender des ÖTV-Bezirks Niedersachsen
- 2000 bis 2001: Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV
- seit März 2001: Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft – ver.di

# AUS DEN GEWERKSCHAFTEN



Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der GdP, zur Stimmungslage nach dem Tarifabschluss

## Länderbeschäftigte schließen auf

Angesichts der sehr schwierigen Rahmenbedingungen haben wir ein vertretbares Ergebnis erreicht. Insbesondere gilt das für die unteren Einkommensgruppen. Ich freue mich, dass die Einkommenserhöhungen zeitgleich für Ost und West gelten. Wir haben die Länder aufgefordert, das Ergebnis zeit- und inhaltsgleich für die Beamtinnen und Beamten zu übernehmen. Positiv zu bewerten ist auch, dass die Einkommen im öffentlichen Dienst sich wieder im Gleichklang entwickeln, die Beschäftigten der Länder halten wieder Anschluss an ihre Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen. Zu verdanken ist dieser Erfolg vor allem dem großen Engagement der Kolleginnen und Kollegen – auch der beamteten – bei den Demonstrationen und Warnstreiks. Natürlich will ich nicht verhehlen, dass uns auch einige Kritiken erreicht haben, z. B. wegen der Einbeziehung der leistungsorientierten Bezahlung in die Entgelttabelle oder der zu geringen Höhe des Tarifergebnisses. Das liegt auch an dem guten Ergebnis aus

dem TVöD-Bereich von Anfang 2008, das natürlich Maßstäbe gesetzt hat.

Wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise und deren Folgen ist der Unmut der Beschäftigten groß. Für Banken und Unternehmen sind Schutzschirme in Milliardenhöhe gespannt worden und die Arbeitnehmer/innen sollen nun Zurückhaltung üben. Da ist so manches in Schieflage geraten. Der Personalabbau im öffentlichen Dienst hatte bereits gravierende Folgen für die innere Sicherheit, die Ausstattung der Bildungsinstitutionen und die Serviceleistungen für die Steuerzahler. Der öffentliche Dienst muss personell und finanziell so ausgestattet sein, dass er Leistungen effektiv und bürgernah erbringen kann. Dazu gehört, dass das Tarifiergebnis auf die Polizistinnen und Polizisten in den Ländern übertragen wird. ■



„Im Beruf muss ich täglich das Beste geben.  
Von meiner Krankenversicherung erwarte ich dasselbe.“



**Weil Beamte Spezialisten brauchen:  
Vision B. Der private Krankenversicherungstarif speziell für Beamte.**

Als Beamter haben Sie individuelle Fähigkeiten und Ansprüche. Der Tarif Vision B bietet Ihnen besten Versicherungsschutz.

- Optimale Gesundheitsabsicherung für Ihre speziellen Bedürfnisse.
- Hervorragende Konditionen mit umfangreichem Gesundheitservice dank erfahrener Experten-Teams.
- Über 100 Jahre Erfahrung bei der Absicherung von Beamten.



Informieren Sie sich jetzt bei Ihrem Vermittler oder auf [www.dbv-winterthur.de](http://www.dbv-winterthur.de)

**DBV-winterthur**

# VERMISCHTES

## Personalien

### IG BAU verabschiedet Hans-Ulrich Blöcher

Auf der 4. Bundeskonferenz der Beamtinnen, Beamten und Angestellten in Forst und Naturschutz Ende Februar in Steinbach ist Hans-Ulrich Blöcher als Vorsitzender der Bundesvertretung der Be-



amteten und Angestellten in Forst und Naturschutz verabschiedet worden. Der streitbare und engagierte Gewerkschafter, 1944 in Hessen geboren, trat Anfang der 60er Jahre in die Gewerkschaft Gartenbau,

Land- und Forstwirtschaft ein, übernahm rasch Vorstandsaufgaben in der Fachgruppe Forstbeamte und -angestellte und schließlich den Vorsitz für Hessen und die Bundesfachgruppe. Seiner Hartnäckigkeit ist es zu verdanken, dass die Bundesvertretung auch nach dem Zusammenschluss mit der IG Bau-Steine-Erden zur neuen Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt ihre finanzielle Eigenständigkeit behalten konnte.

Blöchers zweite Heimat war die Personalrätearbeit. Die Anerkennung für seine erfolgreiche Arbeit spiegelte sich in seinen Wahlergebnissen wider.

Trotz alledem war das Revier sein Lebensraum. Er erhielt es an der Landesgrenze zu Nordrhein-Westfalen und konnte dort mit Kompetenz und Leidenschaft seiner Berufung als Förster folgen. Für Aufgaben der Gewerkschaft wird Blöcher – das hat er versichert – auch weiterhin zur Verfügung zu stehen. ■

## Buchtipps

### Denkanstöße in einer föderalisierten Hochschullandschaft

Die Föderalismusreform hat Fliehkräfte nicht nur im ehemals bundeseinheitlichen Beamtenrecht freigesetzt. Auch das deutsche Bildungssystem steht seither unter verstärktem Wettbewerbsdruck. Zwar war die Bildung auch vor der Föderalismusreform Sache der Länder, aber es gab Gemeinsamkeiten und es galt das Prinzip der Kooperation. Heute treten 16 Bildungssysteme nicht nur in den Wettbewerb mit denen anderer Länder, sondern sie konkurrieren auch miteinander. Allem Anschein nach arbeiten alle darauf hin, zu den Gewinnern zu gehören. Aber wo es Gewinner gibt, wird es auch Verlierer geben. Zu diesem nüchternen Befund kommen die Herausgeber Frauke Gützkow und Gunter Quaißer im aktuellen „Jahrbuch Hochschule gestalten“. In

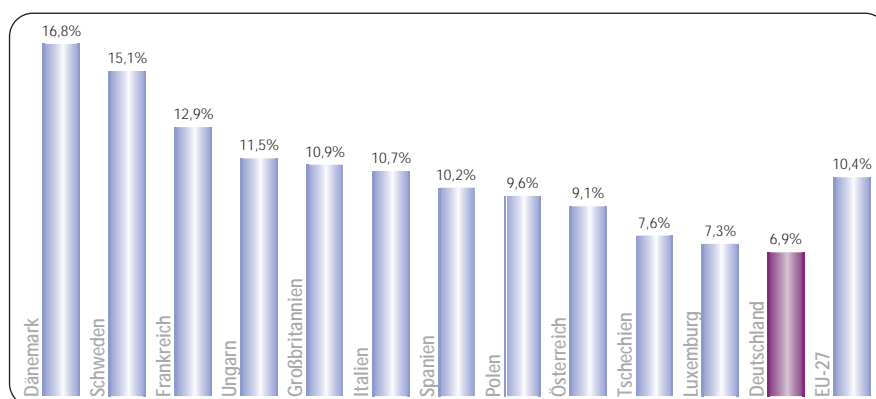


dem Sammelband setzen sich Hochschulforscher/innen und Akteure an Hochschulen nicht nur mit den sich abzeichnenden Auswirkungen der Föderalismusreform I, sondern auch mit den Veränderungen der deutschen Hochschullandschaft im Zuge neoliberaler Wettbewerbsideologie, der Globalisierung und des Bologna-Prozesses auseinander. Während die einen die Risiken der Bildungsföderalisierung, wie die Behinderung von internationaler Mobilität und Chancengleichheit oder die Auflösung der einheitlichen Personalstruktur im deutschen Hochschulrecht, hervorheben, plädieren die anderen für eine gewisse wissenschaftspolitische Gelassenheit gegenüber föderalen Prozessen. Diese Spannweite an Einschätzungen zeichnet den Spannungsbogen und den Erkenntniswert des Sammelbands aus. ■

**i** Frauke Gützkow, Gunter Quaißer (Hg.): Jahrbuch Hochschule gestalten 2007/2008. Denkanstöße in einer föderalisierten Hochschullandschaft, Bielefeld 2008 ISBN 978-3-937026-58-9

## Zahlen, Daten, Fakten

### Ausgaben für öffentlich Beschäftigte 2007 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Deutschland ist mit Blick auf die Ausgaben für öffentlich Beschäftigte in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) Schlusslicht in Europa. Mit 6,9 Prozent liegt der Anteil der Personalkosten der deutschen Gebietskörperschaften gemessen am BIP im europäischen Vergleich am unteren Ende. Die geringen Einkommenszu-

wächse der vergangenen Jahre, finanzielle Einbußen und Reallohnverluste, vor allem aber der radikale Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst seit Anfang der 90er Jahre dürften dieses Ergebnis erklären. Selbst hinter dem EU-Durchschnitt von 10,4 Prozent bleibt Deutschland erheblich zurück.

Quelle: Europäische Kommission; eigene Darstellung ver.di Bundesvorstand, Bereich Wirtschaftspolitik

## SeminarService „Beamtenversorgungsrecht“

**INFO-SERVICE**  
Öffentlicher Dienst/Beamte

### Von Praktikern für die Praxis: aktuell – kompetent – teilnehmerorientiert

Das Seminar wird vom **INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/Beamte** durchgeführt. Im Mittelpunkt steht das aktuelle Versorgungsrecht für Beamtinnen und Beamte. Begrenzte Teilnehmerzahlen garantieren die Möglichkeit einer intensiven Diskussion mit dem Referenten.

Die Teilnahme eignet sich für Mitglieder von **Personalvertretungen** (freigestellte und nichtfreigestellte Personalräte), **Sachbearbeiter** in Behörden und sonstigen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes sowie andere am Thema interessierte Menschen (z. B. Vorsorgeberater von Selbsthilfeeinrichtungen). Aber auch **Betriebsräte** der ehemaligen Unternehmen der Deutschen Bundespost (Post AG, Telekom AG) und der Deutschen Bahn AG sowie **Frauenbeauftragte, Gleichstellungsbeauftragte** und **Vertrauensleute der Schwerbehinderten** erhalten durch dieses Seminar wichtige Informationen für ihre Aufgabengebiete.

#### Inhalt des Seminars:

- Grundzüge des Beamtenversorgungsrechts
- Versorgungsabschlüsse
- Versorgungsausgleich
- Gliederung des Beamtenversorgungsgesetzes (BeamtVG)
- Berechnung des Ruhegehalts
- Mindestversorgung
- Erziehungsberechtigte Zeiten

Das Seminar wird von einem Experten der Beamtenversorgung und Kenner der betrieblichen Praktik praxisnah und verständlich durchgeführt. Die Ausrichtung der Seminarschwerpunkte orientiert sich auch an Fragen und betrieblichen Problemen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

**Referent:** Dipl. Verw. Uwe Tillmann, Geschäftsführer des Deutschen Beamtenwirtschaftsring e. V.

Der Referent ist Autor mehrerer Fach-Veröffentlichungen zum Thema Beamtenversorgung und Mitautor einiger Ratgeber für Beamte und den öffentlichen Dienst (z. B. Rund ums Geld im öffentlichen Dienst, Rund ums Geld im öffentlichen Sektor, Die Beihilfe, Die Beamtenversorgung, BerufsStart im öffentlichen Dienst, Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte).

**Tagungsmaterial:** Die Teilnehmer erhalten während des Seminars themenbezogene Unterlagen, beispielsweise den Ratgeber „Die Beamtenversorgung“ mit dem Wortlaut des Beamtenversorgungsgesetzes (BeamtVG). Daneben wird ein Folienvortrag ausgehändigt sowie eine Liste mit Hinweisen auf vertiefende Fachliteratur.

**Hotel:** Die Seminare finden in ausgesuchten Hotels mit günstiger Verkehrsanbindung (Nähe Hauptbahnhof) statt. Tagungsverpflegung ist im Preis enthalten (Kaffee am Vormittag, Lunch und Nachmittagskaffee mit Kuchen/Gebäck).

**Teilnehmergebühr: 295 Euro** (zzgl. der gesetzlichen MwSt.).

**JA, ich melde mich verbindlich an.**

**15. September 2009**

Dienstag  
Beginn: 9.30 Uhr bis 17.00 Uhr  
Nürnberg (Hotel\*)

**22. Oktober 2009**

Donnerstag  
Beginn: 9.30 Uhr bis 17.00 Uhr  
Düsseldorf (Hotel\*)

**18. November 2009**

Mittwoch  
Beginn: 9.30 Uhr bis 17.00 Uhr  
Hannover (Hotel\*)

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Firma

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
PLZ, Ort

\_\_\_\_\_  
E-Mail

\* Die Hotelanschrift wird Ihnen nach der Anmeldung mitgeteilt.

#### Kontaktdaten

INFO-SERVICE  
Öffentlicher Dienst/Beamte  
Höherweg 270  
40231 Düsseldorf

Telefon: 0180 5835226  
Telefax: 0180 5329226  
E-Mail: [infoservice@beamten-informationen.de](mailto:infoservice@beamten-informationen.de)  
Internet: [www.beamten-information.de](http://www.beamten-information.de)



## Unsere Angebote sind heilsam! Wechseln Sie jetzt zur HUK-COBURG-Krankenversicherung



Bei uns ist der öffentliche Dienst zu Hause. Deshalb bieten wir genau die Beihilfe-Tarife, die Sie wirklich brauchen.

### Das beste Rezept:

- Besonders günstige Beiträge (z.B. nur 137,35 € im Monat\*)
- Attraktive Beitragsrückerstattungen
- FINANZtest 12/06:  
»Hervorragendes Preis-Leistungs-Verhältnis«

\*für einen 30-Jährigen bei 50% Beihilfe für die Tarife ambulant/stationär/Zahn

### Lassen Sie sich gut beraten:

Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter [www.HUK.de](http://www.HUK.de).

**Der schnelle Rat: Telefon 09561 96-98239  
Telefax 09561 96-3611**



**HUK-COBURG**  
Aus Tradition günstig